

Die Verfassungsreform in Oesterreich.

Die Aussicht, daß die Verfassungsreform in Oesterreich gelingen werde, schien in den letzten Tagen günstig zu sein. Am vergangenen Sonntag hat die Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie gelagt, um Stellung zu den Verhandlungen zu nehmen, die im Verfassungsausschuß des Nationalrates gepflogen worden sind. Diese Tagung hatte ein positives Ergebnis in dem Sinne, daß man sich mit einer Reihe von Änderungen der Verfassung einverstanden erklärte, in anderen Punkten aber wiederum bestimmte Vorbehalte machte. Schöberls moralische Position hatte sich damit in bedeutender Weise befestigt. Die Verhandlungen, die noch mit der Sozialdemokratie zu führen sind, waren in seine Hand gelegt worden, und da diese zu ihm ein sehr starkes Vertrauen gefaßt hat, konnte man wohl damit rechnen, daß auch die noch strittigen Punkte in einer gütlichen Weise bereinigt würden. Das ist notwendig, da jede Verfassungsänderung eine Zweidrittelmajorität des Nationalrates zur Voraussetzung hat und die sozialdemokratischen Mandate über 40 Prozent aller Mandate ausmachen.

Welches Bild das inzwischen entstandene Kompromiß im einzelnen besitzt, ist noch nicht genau aufzuzeichnen, da die Mitteilungen darüber sehr sporadisch kommen und immer nur Fesseln der vereinbarten Abmachungen betreffen. Einiges aber läßt sich bereits sagen: Die Sozialdemokraten sind damit einverstanden, daß die Finanzgebarung der Hauptstadt Wien einer stärkeren Kontrolle unterzogen wird, bei der auch der Minderheit gewisse Rechte zugesichert werden. Sie sind auch damit einverstanden, daß dem Rechnungshof des Bundes das Recht der Nachprüfung zugebilligt wird wie in allen österreichischen Städten über 20.000 Einwohner. Die Einführung der Bundesregierung bei der Wiener Baubehörde und die Mitwirkung der Bundes- und der Arbeiterkammer bei der Wiener Steuerbefreiungskommission wird eingeplant. Auch soll bei der mittelbaren Bundesverwaltung in Wien der Instanzengang bis zum Bundesministerium durchgeführt werden. Das sind die Konzeptionen, die die Sozialdemokratie zu machen bereit ist, unter der Voraussetzung allerdings, daß im übrigen der Landesscharakter der Bundeshauptstadt gewahrt wird.

Die Regierungsvorlage wollte Wien den Landescharakter nehmen und die Stadt „bundesunmittelbar“ machen. Sie sah einen dem Wiener Gemeinderat übergeordneten Kontrollapparat als Voraussetzung an, der das Bau- und Wohnungswesen aus dem Rahmen der bisherigen Befugnisse des Gemeinderats völlig herausgehoben hätte. Begründet wurde ein solches Vorgehen mit dem Hinweis, daß Wien der Zentralpunkt des gesamten österreichischen Wirtschaftslebens sei und darum nicht zum Objekt von Sozialisierungsversuchen der Wiener Gemeindeverwaltung gemacht werden dürfe. Der Absolutismus der Wiener Stadtverwaltung wird durch das Kompromiß einigermassen durchbrochen. Auch scheinen sich die Sozialdemokraten damit einverstanden zu haben, daß aus ihrem Steuerankommen dem Lande Niederösterreich, mit dem Wien früher verbunden war, gewisse Beträge, für Straßenbau vor allem, zufließen. Ein solches Entgegenkommen mußte gewährt werden, weil die Wiener Einwohner die größte Nutznießerin der Verfassungsmittel und Verfassungsfesseln in Niederösterreich ist.

Auch hinsichtlich der Wahl des Bundespräsidenten hat die Sozialdemokratie Konzeptionen gemacht. Doch ist an diesem die Regierungsvorlage in einem wichtigen Punkte berichtigt worden. Bisher wurde der Bundespräsident durch die sogenannte Bundesversammlung gewählt, also in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Nationalrates und des Bundesrates. Die Regierungsvorlage sah vor, daß der Bundespräsident künftig durch das Volk gewählt werde. Für den Fall aber, daß keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit aller Stimmen erreichen würde, sollte die Bundesversammlung aus den drei Kandidaten, die bei der Volkswahl die relativ meisten Stimmen bekommen hätten, sich den ihr genehmsten auswählen. Die Bundesversammlung wurde aber zu diesem Zweck erweitert, es sollten bei der Wahl die gesamten Regierungen der Länder mitwirken, während sonst im Bundesrat nur je zwei Vertreter der Landesregierungen Mitgliedschaft besaßen. Außerdem war nach der Verfassungsvorlage der Bundesrat bereits durch den Ständerat erweitert zum sogenannten Bundesrat, in welchem das sozialistische Element eine untergeordnete Minderheit darstellen würde. Das neue Kompromiß scheint vorzuziehen, daß auch bei einer Stichwahl das Volk selbst die entscheidende Instanz bildet, und zwar ähnlich wie es in Deutschland der Fall ist. Mit einer wesentlichen Erweiterung der Rechte des Bundespräsidenten wie auch mit einer Zentralisierung der Politik in den Händen der Bundesregierung scheint die Sozialdemokratie einverstanden zu sein, auch mit der Unterstellung des Bundes-

heeres unter den Bundespräsidenten. Das Notverordnungsrecht, das der Bundesregierung in der Verfassungsvorlage gesichert werden sollte, ist aber mit bedeutenden Sicherungen im Sinne der Rechte des Nationalrates versehen worden.

Das sind die wichtigsten Mitteilungen aus den Verfassungsberatungen in Wien. Sie geben natürlich bei weitem noch kein vollständiges Bild, können aber als ein Zeugnis dafür genommen werden, daß Schöberl einerseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse abtrug, ihnen andererseits aber Konzeptionen machte. Diese scheinen aber den Christlich-Sozialen zu weit zu gehen, wenigstens bezeichnete die „Reichspost“ die Forderung der Sozialdemokraten, für ihre Zustimmung zur Verfassungsreform die Annahme der Verpflichtung zu verlangen, daß ein Drittel der Abgeordneten über ein im Nationalrat beschlossenes Gesetz eine Volksabstimmung ver-

langen könne, als ein Diktat, dem sich die Mehrheitsparteien niemals fügen würden. Andere Schwierigkeiten seien die Wahl des Bundespräsidenten, das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten, die Zusammensetzung der Landesregierungen, die Vollmachten der Lehrerbildungsanstalten, wasserrechtliche Fragen und Abgrenzung der Zuständigkeiten der unmittelbaren und mittelbaren Bundesverwaltung. Auch im Wiener Stadtsenat fanden die Differenzen ihren Ausdruck. Dort beantragte Stadtrat Kunschak, wegen der möglichen Änderung der verfassungsrechtlichen Stellung Wiens die Beratung des Vorschlages bis zum 4. Dezember auszusetzen. Bürgermeister Seif erklärte, an der rechtlichen Stellung Wiens könne nichts geändert werden, weil die überwiegende Mehrheit der Wiener sich ihre Rechte nicht rauben lassen wolle und daher die Zweidrittelmehrheit im Parlament nicht vorhanden sei. Der Antrag wurde

abgelehnt. Darauf erklärte Kunschak, daß die Opposition an den weiteren Beratungen über den Vorschlag nicht teilnehmen werde, und verließ mit der Minderheit die Sitzung. Die sozialdemokratische Mehrheit setzte die Beratung fort.

Unterdessen verhandelte Schöberl mit dem sozialdemokratischen Abg. Dr. Danneberg weiter. Das Zeitmaß dieser Beratungen ist in den letzten Tagen etwas schleppender geworden; sie waren bereits an einem Punkt so kritisch geworden, daß es hieß, Schöberl habe wegen der Schwierigkeiten mit seinem Rücktritt gedroht, doch hätten sämtliche Mehrheitsparteien ihm abernach das Vertrauen ausgesprochen. Mittlerweile scheinen aber die Schwierigkeiten überwunden zu sein, so daß man am gestrigen Abend mit einer endgültigen Einigung rechnete. Gelingt das Schöberl, so darf er sich eines großen Erfolges rühmen.

Der Immunitäts-Mißbrauch.

Auszug der Deutschnationalen aus dem Landtags-Sitzungsjaal.

Berlin, 27. November.

Der Preussische Landtag debattierte in seiner heutigen Sitzung zunächst über den Antrag des Geschäftsausschusses, in 22 Fällen

Die Immunität von kommunalistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten

zur Durchführung von Strafverfahren aufzuheben. Soweit es sich um kommunalistische Abgeordnete handelt, wird allein in vier Fällen die Strafverfolgung des Abgeordneten (Götte (Komm.), in drei Fällen die der Abgeordneten (Lohse und Kerkel) verlangt. Die nationalsozialistischen Abgeordneten (Lohse, Altona, Kube, Dr. Ley und Kaufmann) sollen wegen Verleumdung durch die Presse verfolgt werden. Gegen den Abgeordneten Kube wird vom preussischen Innenminister Strafantrag gestellt wegen der von ihm übernommenen Behauptung,

Minister Gröselink habe sich in Bremen so stark betrunken,

daß man ihn durch eine spanische Wand vor den Blicken der Leute schützen mußte. Die Strafanträge gegen die kommunalistischen Abgeordneten gründeten sich auf Verleumdungen gegen das Demonstrationenverbot am 1. Mai ds. Js. Eine von dem Abgeordneten Schulz-Reußlin beantragte Zurückweisung dieser Anträge an den Ausschuss wird abgelehnt.

Als Berichterstatter begründet Abg. Kuschke (D.) den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Kube (Nat.-Soz.) Kube habe in Bremen im Lande behauptet, Minister Gröselink hätte bei einem Frühstück des Bremer Senates schon nach einer Stunde soviel Alkohol zu sich genommen, daß er das von sich gab, was die anderen erst zu sich nahmen. Ein Kellner habe die anderen Gäste durch eine spanische Wand vor diesem Anblick geschützt. Demgegenüber habe Minister Gröselink durch eigene Betätigung nachgewiesen, daß er überhaupt keine Einladung vom Bremer Senat erhalten habe. (Lebhaftes Geklirr links und in der Mitte.) Ange-

sichts der außerordentlichen Schwere der Beschuldigung habe der Geschäftsausschuss einstimmig, allein gegen die Kommunisten, die Strafverfolgung Kubes freigegeben.

Nachdem Dr. Rosenfeld (S.) in der Debatte mitgeteilt hat, daß seine Freunde sich bei der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität von Kommunisten wegen der Zwischenfälle am 1. Mai der Stimme enthalten würden, führt Abg. Kube (N. S.) aus, seine Freunde würden sich bei der Abstimmung über den Strafantrag Gröselinks gegen ihn der Stimme enthalten. Er habe nicht behauptet, daß sich der Vorfall in Bremen abgespielt habe, sondern in Bremen. Minister Gröselink sei sonst nicht so empfindlich und benuhe selbst für sich die Schimpffreiheit. Die Nationalsozialisten würden gegen die Aufhebung der Immunität der Kommunisten stimmen.

Abg. Schulz-Reußlin (K.) zieht sich einen Ordnungsruf zu, als er von der

Schwindlerpartei der Nationalsozialisten

spricht. Die Anträge auf Aufhebung der Immunität der kommunalistischen Abgeordneten wegen der Verleumdungen gegen das Demonstrationenverbot am 1. Mai werden abgelehnt mit 187 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Wirtschaftspartei, Deutschen Fraktion und Nationalsozialisten gegen 158 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Zentrum und Demokraten. (Beifall bei den Komm.) Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses verlassen die Deutschnationalen palast demonstrierend den Sitzungsjaal.

Die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Kube (N. S.) wegen der erwähnten Verleumdung des preussischen Innenministers Gröselink wird gegen die Wirtschaftspartei, Deutsche Fraktion, Kommunisten und die Abgeordneten Diehl (3.) und Schmeller (3.) beschlossen. Die Nationalsozialisten enthalten sich der Stimme.

Im übrigen wird aufgehoben die Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten Lohse, Altona, Dr. Ley und Kaufmann. Gröselink wegen Verleumdung durch die Presse, sowie des Abgeordneten Tunkel (K.) wegen Verleumdung des Offenburger Seides.

Hierauf wird die am Dienstag abgebrochene Beratung des

Städtebaugesetzes

fortgesetzt.

Abg. Köthenbürger (3.) führt u. a. folgendes aus: Nachdem im vorigen Landtag das Städtebaugesetz in 65 Ausschüssen beraten worden ist, trat in der öffentlichen Meinung eine wesentliche günstige Beurteilung des Gesetzes ein, und er hoffte, daß durch die erneute Beratung noch etwa bestehende Einwände ausgeräumt werden würden und die Vorlage zur allgemeinen Zufriedenheit verabschiedet werden könnte. Er bedauerte das Fehlen des Abg. Schmitt zur Umlegung, da hierdurch die Planung wesentlich erleichtert werden könnte und manche Härte dem Grundbesitz gegenüber restlos ausgeräumt würde. Auch im Interesse der Gemeinden würde ein Umlegungsgeleit erwünscht, da hierdurch eine wesentliche Erleichterung der Steuerbelastung und fast vollständige Beseitigung von Enteignungen zu erzielen sei.

Abg. Menck (W.) erklärt, das Städtebaugesetz zeige in seinem Kernstück, dem Flächenaufteilungsplan eine solche Eigentumsverteilung und Ueberplanung der Machtbefugnisse der Gemeinden, daß man häufig von einem Obergewalt der Gemeinden sprechen könne. Das Gesetz sei nichts weiter als der Versuch,

die festgelegene Sozialisierung weiter zu treiben. Die Allgemeinheit habe die Pflicht, für Spiel und Erholungsplätze benötigtes Gelände, wie jeder anständige Mensch häufig zu erwerben. Der Gesetzentwurf wird dann einem neu zu bildenden Ausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen.

Bei der folgenden Beratung des vom Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen kommunalistischen Antrages, auf

Mitgliedergewinnung der Ausweisung politischer Emigranten an Ostpreußen

beschloß Abg. Schubert (K.) die Ausweisung durch den ostpreussischen Oberpräsidenten als „deutliche Verneinung der sozialdemokratischen Preußenregierung vor dem damals noch regierenden litauischen Arbeitermörder Woldemaras.“

Der kommunalistische Antrag auf Rücknahme der Ausweisungen wird mit großer Mehrheit abgelehnt, wie der Ausschuss beschloß hatte.

Das Haus vertagt sich dann auf Donnerstag 12 Uhr: Wahl des zweiten Vizepräsidenten, Novelle zur Kommunalverfassung, Kleine Vorlagen. — Schluß 6,15 Uhr.

Eine Anfrage über die Saargruben.

Berlin, 27. Nov. Die Regierungsparteien im Preussischen Landtag, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben heute eine große Anfrage eingebracht, in der sie ausführen, daß die Deutschnationalen wegen der Unmöglichkeit über das künftige Schicksal des Belz des Saargruben beunruhigt sei. Nachrichten aus Frankreich sprechen davon, daß die Saargruben nicht in den Besitz des preussischen Staates zurückgefallen sollten, sondern, daß vielmehr eine Beteiligung fremder Kapitalen an ihnen vorzuziehen werden sollte. Angesichts dessen sollen seitens der Privatwirtschaft in Deutschland Vorstöße unternommen sein, Stimmung gegen eine Rückgabe der Saargruben an den preussischen Staat zugunsten der Ueberführung der Gruben in Privathand zu erzeugen. Das Staatsministerium wird gefragt, ob ihm diese Nachrichten und Vorstöße bekannt seien, und ob es bereit sei, entsprechend der ungewissen Rechtslage für die bedingungslose Rückgabe der Saargruben in den Besitz des preussischen Staates einzutreten, bzw. ob die Regierung gegenüber der Reichsregierung diesen Standpunkt vertreten habe. Wie das Nachrichtenbüro des R. L. dazu noch erklärt, wollen die Regierungsparteien über diese Frage noch im Laufe dieser Woche eine Debatte führen, in der auch Ministerpräsident Braun das Wort nehmen soll.

Die Wirtschaftspartei verlangt Auflösung des Landtages.

1) Berlin, 27. Nov. Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Preußen hat bewiesen, daß die Zusammensetzung des Preussischen Landtages dem Willen der Wählerschaft in Preußen nicht mehr entspricht. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen: Den Preussischen Landtag mit sofortiger Wirkung aufzulösen.“

Die Fehde unter den Deutschnationalen.

Das „Freiheitsgesetz“ vor dem Reichstage.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 27. Nov. (Draht.)

Wie im Reichstag verlautet, soll die parlamentarische Behandlung des Entwurfes für das „Freiheitsgesetz“ am Freitag beginnen, so daß also auch die morgigen Beratungen des Reichstages noch ebenso wie heute durch kleine Vorlagen ausgefüllt werden. Es ist anzunehmen, daß der Reichstanzler oder — was wahrscheinlicher ist — der Reichsinnenminister die Haltung der Regierung zu dem Gesetzentwurf kurz präzisieren. Die Regierungsparteien tragen sich mit der Absicht, ihre ablehnende Stellungnahme gegen den Gesetzentwurf in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus werden aber voraussichtlich die Redner der Fraktionen ihre Ansichten zu dem Volksbegehren vortragen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die zweite Lesung, die über den Gesetzentwurf bereits entschieden dürfte, unter Umständen noch am Freitag stattfinden kann, zumal die rheinischen Abgeordneten das Bedürfnis haben, rechtzeitig zu den Befreiungsfeiern in der zweiten Zone abzureisen.

Schon heute stand in den Wandelgängen des Reichstages die Abstimmung über das „Freiheitsgesetz“ im Vordergrund des Interesses. Es schwärzten viele Gerüchte herum. Es wurde davon gesprochen, daß die Oppositionsgruppe innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die sich um die Abgeordneten Lindener, Wildau und Trevisanus geknüpft hat, einen Vorstoß gegen den Parteiführer Hugenberg in der Fraktion beabsichtige. Diese Oppositionellen haben sich bekanntlich auf dem Kasseler Parteitag vollkommen zurückgehalten. Die meisten waren überhaupt

nicht erschienen. Nunmehr heißt es, sie hätten ihren Generalangriff bis zum Beginn der Reichstagsagung verschoben.

In der deutschnationalen Reichstagsfraktion kam es im Laufe des Mittwochs noch zu keiner Auseinandersetzung. Die Austragung der Fehde soll in der für Donnerstag vorgesehene Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vor sich gehen. Wenn von einer gewissen Seite damit gerechnet wird, daß die Oppositionsgruppe entweder freiwillig aus der Fraktion auscheiden oder zwangsweise ausgeschlossen werde, so vermögen wir einer solchen Meinung nicht beizupflichten. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß es zur Spaltung in der deutschnationalen Reichstagsfraktion in absehbarer Zeit kommen wird.

Neben den Oppositionellen um Trevisanus stehen außerdem noch die deutschnationalen Abgeordneten, die unter den Namen Lambach und Hartwig der Öffentlichkeit bekannt sind. Von dieser Seite aus dürfte in diesem Augenblick wohl auch kein Vorstoß gegen Hugenberg unternommen werden. Wenn außerdem davon die Rede ist, daß Lindener-Wildau als Vertreter der Opposition im Reichstagsplenum gegen den § 4 des Volksbegehrens sprechen würde, so dürfte es sich das auch nur um eine haltlose Vermutung handeln. Es ist nämlich bereits durchgedrungen, daß die Kommunisten innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Werke sind und ihre Bemühungen stark darauf abstellen, die Fraktion zu bewegen, den deutschnationalen Abgeordneten, die gegen den § 4 sind, das Fernbleiben von der Abstimmung zu gestatten. Man braucht also keineswegs damit zu rechnen, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über das Volksbegehren nach außen hin das Schauspiel der feindlichen Brüder bieten wird.

Auch der Reichstag tagt wieder.

Kleine Vorlagen.

O. Berlin, 27. November.

Präsident Loebe teilt bei Eröffnung der Sitzung mit, daß von den Parlamenten verschiedener Länder Beileidschreiben zum Ableben des Reichsfinanzministers Dr. Stresemann dem Reichstag zugegangen sind.

Das Gesetz über

Ausfuhr von Kunstwerken

Soll in seiner Geltungsbereich bis zum 31. Dezember 1931 verlängert werden. Dazu kommt nach dem Entwurf die Verlängerung, daß in dem Ausfuhr an Kunstwerken die Erteilung der Genehmigung zur Ausfuhr eines Kunstwerkes gebunden ist, als Vertreter der finanziellen Interessen des Reiches künftig nicht mehr ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, sondern ein Vertreter des Reichsausschusses für Kunstwerke sein soll.

Dr. Schreiber (3.) begründet eine Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, zu erwägen, mit Österreich über die Ausfuhr deutscher Kunstwerke in Verbindung zu treten mit dem Ziele, eine Übereinkunft im Sinne einer möglichst umfassenden Erhaltung des gemeinsamen Kulturbesitzes zu erreichen. Der Redner vertritt eine nähere Begründung der Notwendigkeit einer Verlängerung des Gesetzes, das als Notgesetz in der Zeit der schlimmsten deutschen Wirtschaftsentwicklung erlassen worden sei. Wichtig sei vor allem die Erhaltung des deutschen Kulturbesitzes. Dazu gehören auch die Kunstbesitz Österreichs. Auf diesem Gebiet sei eine Zusammenarbeit mit Österreich notwendig.

Ministerialdirektor Bellenger erklärt, das bestehende Gesetz habe im allgemeinen legensweise gewirkt und dem deutschen Volk viele Kunstwerke erhalten. Die Reichsregierung sei der Meinung, daß zur Zeit auf dem Gebiet des deutschen Kulturbesitzes noch nicht verzichtet werden kann. Der Entwurf könne heute freilich nicht beantragt werden, als auf wirtschaftliche Kunstwerke. Die Regierung werde prüfen, wie weit auf diesem Gebiet eine Zusammenarbeit mit Österreich möglich sei.

Abg. v. Lindner (D.) beantragte, die Reichsregierung ersucht, die Überwachung der Vorlage an den Reichsausschuß. Der Redner begrüßt die Entschließung Dr. Schreibers. Die Vorlage geht an den Reichsausschuß. Hierauf kommt das Gesetz über

Reichsgesetz für die Aufstellung von Landarbeitern

zur ersten Beratung. Der Entwurf ermächtigt das Reich, Zuschüsse auf die Dauer bis zu 10 Jahren zu leisten. Die Zuschüsse sollen in der Regel nur gewährt werden, wenn der neue landwirtschaftliche Kleinbetrieb als Reichsbetriebsstätte oder unter gleichzeitiger Bindung gegründet wird.

Reichsminister Dr. Wiffel erwidert dem Abg. Behrens (Dn.), die im Etat vorhandenen Mittel hätten nicht ausgereicht, um den Vorhaben zu entsprechen. Da habe, so fährt der Minister fort, schon einen Vorschlag auf die Mittel aus dem nächstjährigen Etat tun müssen, um die dringenden Ansprüche auf Förderung zu erfüllen zu können. Seit 1921 bis zum 1. Oktober d. Js. sind 55 330 Landarbeitervohnungen errichtet worden mit einem Kostenaufwand von 160 Millionen aus Mitteln des Reiches und der Länder. Mit

dem vorliegenden Gesetz sollen nur Grundlinien gegeben werden. Die Regelung im Einzelnen soll den Ausführungsbefugnissen überlassen bleiben.

Die Vorlage geht an den Reichsausschuß.

Es folgt der Gesetzentwurf über

Bergmannschiebungen.

Der Gesetzentwurf will die jetzige Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet der Bergmannschiebungen beheben. Es sind darin auch die einzelnen Treibhandlungen aufgeführt, die die zum Bergmannschiebungen gehörenden Rechte im eigenen Namen geltend machen können.

Abg. Wiffel (D. Vp.) beantragt Überweisung an den Wohnungsausschuß. Reichsminister Wiffel erinnert an die Entschließung der Reichsversammlung nach dem Kriege eingeführt wurde, um Bergarbeitervohnungen errichten zu können. 120 Millionen wurden für diesen Zweck aufgewandt, wovon 80 Millionen aus der Kohlenabgabe, 40 Millionen aus Reichsmitteln kamen. Da sich nunmehr herausgestellt hat, daß das Gesetz in der so errichteten Wohnungen stützt, will das vorliegende Gesetz jeden Zweifel beseitigen, daß diese Wohnungen Besitz der Allgemeinheit sind.

Die Vorlage wird dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über

Entschädigungen auf Grund des Branntweinmonopols

geht ohne Debatte an den Steuerausschuß. Der Gesetzentwurf will für die Entschädigungsfälle, die noch nicht durch Vergleich geregelt sind, eine gesetzliche Entscheidung über die Aufwertung der im ersten Monopolgebiet festgesetzten durch die Inflation entwerteten Entschädigungssätze treffen.

Um 5.45 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen. Die erste Lesung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen Gesetzes (Freiheitsgesetz) soll am Freitag erfolgen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages.

Der Reichstag behandelte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann (S.) die Polenfragen. Minister der Auswärtigen, Dr. Curtius, erläuterte über die deutsch-polnischen Verhandlungen und die damit zusammenhängenden politischen Fragen einen ausführlichen Bericht. Als erste Diskussionsredner nahmen Abgeordnete Wiffel (3.) und Hörsing (Dn.) das Wort. Weiter sprachen noch die Abgeordneten Dautz (S. Vp.) und Frau Sender (S.). Gelandier (N.) äußerte sich über die einzelnen Phasen der deutsch-polnischen Verhandlungen und deren Ergebnisse. Reichsfinanzminister Dr. Wiffel und Ministerialdirektor Dr. Dorn behandelten die finanzielle Seite des Problems. Schließlich sagte der Auswärtige Ausschuss nicht. Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Verhandlungen sollen nunmehr in weiteren Beratungen durch Beauftragte mit dem Ziel fortgeführt werden, den Regierungen gemeinsame nähere Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Im Anschluß an die jüngsten Beratungen fand ein Frühstück bei dem Ministerpräsidenten statt.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

Berlin, 27. Nov. Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Wiffel empfing am Mittwoch die Vertreter der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der christlichen Gewerkschaften, der freien Gewerkschaften und der Gewerkschaften der Arbeiter. Der Minister betonte, daß er auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften großen Wert lege. Das Ministerium nicht etwa ein Ministerium für die Arbeiter, sondern ein Ministerium für die gesamte Wirtschaft, und zur Wirtschaft gehörten ebenso wie andere Gruppen auch die Arbeitnehmer. Er stellte in Aussicht, von Zeit zu Zeit sich mit den Führern der deutschen Gewerkschaften über die schwerwiegenden Fragen der Wirtschaftspolitik auszutauschen. Die Wortführer der freien Gewerkschaften, Eggert und Graumann, dankten dem Minister dafür, daß er auch mit den Gewerkschaften für seine Arbeit enge Fühlung halten wolle. Sie wiesen den Minister insbesondere auf die neuerliche Verschärfung der Arbeitsmarktlage hin, und stellten die Aufgabe, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen den Arbeitsmarkt zu entspannen, in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Für die christlichen Gewerkschaften beklagte Wiffel, daß in letzter Zeit die Gewerkschaften bei der Vertretung auf internationalen Wirtschaftskonferenzen und Reparationskonferenzen zurückgefallen seien. Alle diese Fragen, die dort behandelt wurden, seien für die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Arbeitsmarktsituation von allergrößter Bedeutung. Für den Gewerkschaftsverband nahmen die Reichsregierung, der Arbeiter und Schneider, sowie das Mitglied des Reichsausschusses, an der Aussprache teil.

Die Regierungsbildung in Prag.

Prag, 27. Nov. Die Regierungsbildung ist nach den übereinstimmenden Meldungen der Wähler in das Stadium der Entscheidung getreten. Die Beratungen des heutigen Tages galten wiederum der Bildung eines Konzentrationssabinetts, das alle Parteien, die auf agrarischen Boden zählen und alle sozialistischen Parteien umfassen soll. Die deutschen Christlich-Sozialen und die slowakische Volkspartei würden in der neuen Regierung nicht vertreten sein. Die neue Regierungsmehrheit würde aus neun Parteien bestehen, die im Abgeordnetenhaus über mehr als 200 Stimmen verfügen. Die deutschen Sozialisten sollten Reichsministerien erhalten. Das Finanzministerium soll Professor Dr. Engelisch als Beamtensminister fallen. Wie ein parteiunabhängiges Komitee der Republikanismus Partei befragt, hat Ministerpräsident Udráslav den erweiterten Präsidium seiner Partei über seine Verhandlungen eingehenden Bericht erstattet und bereits bestimmte Vorschläge gemacht, die einstimmig genehmigt wurden.

Wahlterror in Polen.

Kattowitz, 26. Nov. Die „Kattowitzer Zeitung“ berichtet heute in Zusammenhang mit der in der regierungsfremden polnischen Presse erfolgten Feststellung, daß in etwa 100 Gemeinden in Oberschlesien keine Wahlen für die Gemeinderatswahlen stattgefunden hätten, da dort nur „Einheitslisten“ zustande gekommen seien, daß auch diesmal wieder wie im Jahre 1926 die deutschen Vertrauensleute entweder in schriftlicher Weise oder auch durch Drohungen von der Einzeichnung einer deutschen Liste abgehalten wurden. Namentlich in den Kreisen Glinnik und Tarnowitz hätten sich verdächtige Amtspersonen bemüht, die deutschen Vertrauensleute an einer Einzeichnung zu verhindern. In Orzed im Kreise Tarnowitz habe der Amtsdirektor den Ver-

trauensmann der deutschen Wahlgenossenschaft vorgeladen und ihm gesagt, daß er verschiedenen Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein würde, falls er eine deutsche Liste einzureichen wage. Den Ortsangehörigen, die die deutsche Liste durch die erforderliche Anzahl von Unterschriften unterstützen, sei die Entziehung der Armenunterstützung und des Winterbedarfs angedroht, und bei dieser Sachlage seien tatsächlich in einzelnen Gemeinden die deutschen Listen im letzten Augenblick zurückgezogen worden.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 27. Nov. Die polnische Zeitung „Korrespondenz“ berichtet, daß es bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in der Kohlenfrage bereits zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen sei. Schwieriger liege es mit den Schweinen, da Polen die Zufuhr erhalten wolle, daß es an Deutschland das ihm zugebilligte Kontingent von 200 000 Stück Vorkontingent jährlich auch für den Fall verkaufen könne, wenn die Fleischverarbeitenden Fabriken Deutschlands die polnische Ware nicht in den Ausmaßen des zuerkannten Kontingents abnehmen könnten oder wollten. Die Korrespondenz spricht die Erwartung aus, daß Gelandier Ratgeber von Berlin genaue Instruktionen über die in den Handelsvertragsverhandlungen bestehenden Streitfragen mitbringen werde.

Neue Machtverschiebungen in Rußland.

Stalin stürzt Rykow.

Moskau, 27. Nov. Der neue Sieg Stalins über die Opposition von rechts in der Kommunistischen Partei, der in der Unterwerfung der Gruppe Bucharin-Rykow seinen Ausdruck gefunden hat, wird schon in nächster Zeit die lange erwarteten Veränderungen in den höchsten Regierungskreisen bringen. Das nach außen hin höchste Regierungsamt Sowjet-Rußlands, der Vorsitz im Rat der Volkskommissare, wird von Rykow niedergelassen werden. Einer in den Kreisen um Stalin ist laut gewordenen Tendenz zufolge soll dieses oberste Amt endlich wieder seit dem letzten Gruppe in der Kommunistischen Partei, d. h. also dem Stalin-Kreis, verbunden werden. Zu Lenins Lebzeiten war die Führung in der Partei mit der Leitung der Regierung identisch. Nach Lenins Tod wurde Rykow Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, während die Parteileitung in Händen des Generalsekretärs Stalin lag. Obwohl im politischen Büro („Politbüro“) der Partei das Gremium für die gemeinsame Arbeit aller dieser Stellen geschaffen ist, kam es nach dem Tode Lenins oft genug zu Differenzen, die sich in der Führung in der Partei und in der Regierung immer klarer abzeichneten, oft genug deutlich zeigten.

Ob Stalin selbst das oberste Regierungsamt übernehmen und damit seinen alles beherrschenden Machtwillen auch nach außen hin betonen wird, kann allerdings aus persönlichen Gründen bezweifelt werden. Stalin hat es bisher vermieden, repräsentative Aufgaben, wie sie für den Regierungschef unerlässlich sind, zu erfüllen. Es kann deshalb für wahrscheinlicher gelten, daß der Vorsitz im Rat der Volkskommissare Molotow, der erste Stellvertreter Stalins im Parteileitungsamt, übernimmt. Möglicherweise wird aber, um Molotow im Präsidium des Rates zu ersetzen, ein anderer Persönlichkeit berufen werden. In gut unterrichteten Kreisen nennt man dafür Andrejew, den Vorherrscher des Nationalitätenrates (einer Art „Oberhauses“) der

Die Sieger des Wettbewerbs für den Reichstagsneubau.

Berlin, 27. Nov. Der Planungsausschuß des Reichstages prüfte am Montag und Dienstag als Preisgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten Loebe die Entwürfe für den Erweiterungsbau des Reichstages am Reichstagsufer. Von den 17 eingereichten Entwürfen wurden drei ausgezeichnet und zwar diejenigen von Professor Fahrenkamp und de Fries, Düsseldorf, Holzhauser und Stamm, München und Professor Schmiedhenners und Loebe, Stuttgart. Diese drei Entwürfe sollen zur engeren Wahl gestellt werden.

Die Sieger des Wettbewerbs für den Reichstagsneubau.

Berlin, 27. Nov. Ein dreierlei Räuberfall wurde heute vormittag in einem Hause der Bayreutherstraße verübt. Dort wurde die Haushälterin Wiewert von zwei jugendlichen Burken in ihrer Wohnung überfallen und schwer verletzt. Durch die ersten Hilferufe der Überfallenen waren die Angestellten einer im ersten Stockwerk des Hauses gelegenen Pension auf den Vorfall aufmerksam geworden, die nun gewaltsam in die Wohnung des Wirtes eindringen wollten. Als die beiden Räuber bemerkten, daß sie durch die Hausbewohner gefolgt wurden, ergreifen sie die Flucht und fliehen die vor der Eingangstür stehenden Treue zurück. Die Räuber fliehen durch die Bayreutherstraße nach der Tautenknechtstraße, verfolgt von einer großen Menschenmenge. Am Wittenberg-Platz ergreifen die beiden Räuber, im blickten Verkehr ihren Verfolgern zu entgehen. Auf dem Treppenturm haben die Räuber zwei Kullenschrauben verloren, die ebenfalls zu ihrer schnellen Feststellung führen werden.

Das größte amerikanische Flugzeug abgestürzt.

Newport, 27. Nov. Das neue viermotorige Fokker-Flugzeug, das größte jemals in den Vereinigten Staaten gebaute Flugzeug, stürzte bei einem Probeflug über Mineola ab und fiel gegen einen Hausgiebel. Die Flugzeugtrümmer gingen in Flammen auf. Das Feuer sprang sofort auf zwei Häuser über. Bisher sind zwei Schwerverletzte geborgen worden, darunter ein Vertreter des Handelsdepartaments namens Boggs. Wieviel Personen an Bord waren, ist noch nicht bekannt. Das Flugzeug konnte 30 Passagiere fassen und bot für 16 Personen Schlafgelegenheit. Infolge des gewaltigen Flammenmeeress konnte die Feuerwehr noch nicht in das Innere des Flugzeugkörpers eindringen. Eine riesige Menschenmenge ist an der Unglücksstätte versammelt.

Amerikanischer Expresszug von einem Räuber ausgeraubt.

Chester (Vermont), 26. Nov. Ein nach Westen gehender Expresszug der Union Pacific wurde drei Meilen östlich von Chester von einem Räuber angehalten. Dieser hatte den Zug durch Roderung der Schienen zum Halt gezwungen, war dann durch

Vorläufig keine Zulassung der russischen Auswanderer nach Kanada.

Ottawa, 26. Nov. Der Einwanderungsminister Forke teilte heute mit, daß beschlossen worden ist, den 5000 Mannoniten, die sich augenblicklich in großer Notlage in Rußland befinden, die Zulassung nach Kanada während der kommenden Wintermonate zu verweigern. Die fanatischen Provinzialregierungen halten angesichts des wachsenden Arbeitsmangels während des Winters die Zeit für die Einwanderung der Mannoniten für ungeeignet. Vorbereitungen werden jedoch vielleicht getroffen werden, um die Flüchtlinge im Frühjahr nächsten Jahres nach Kanada zu bringen.

Ein südslawischer Schritt in Sofia.

Budapest, 26. Nov. Wie der „Bester Mond“ aus Sofia berichtet, hat der dortige südslawische Gelandier Reich bei Außenminister Burum namens seiner Regierung Verwahrung dagegen eingelegt, daß eine aus Bulgarien kommende Bande den Anschlag gegen den Orientexpress unternommen und sich dann auf bulgarisches Gebiet zurückziehen konnte. Der Gelandier hat den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß derartige Fälle auf der gegenwärtig tagenden Konferenz zur Regelung der Grenzfragen ungünstig einwirken müßten.

Sowjetunion), einen Mann, der allerdings bisher so gut wie gar nicht politisch hervorgetreten ist.

Der Abgang Rykows von einem Amt, das man gewissermaßen als sowjetrussisches Ministerpräsidium bezeichnen kann, bedeutet nicht sein Auscheiden aus jeder Amtstätigkeit überhaupt. Er wird auf einen außenpolitischen Posten gestellt werden, wie in einer früheren Periode Stalin seine Gegner von links, aus dem Trotsky-Kreis, mit Vorliebe auch in die Diplomatie abgehoben hat.

Daß Tschitscherin von seinem Kuratentum in Deutschland nicht mehr auf den Posten des Außenkommissars zurückkehren wird, steht schon lange fest. Gesundheitliche Rücksichten spielen hier mit persönlichen Gegenständen sowie der traditionellen Überlieferung Englands ein. Die bisherigen Außenkommissars zumachen. Ob nun Rykow Tschitscherins Nachfolger im Außenkommissariat wird, oder ein anderer, höher Beamter dieses Ressorts, etwa Litwinow, wofür Rykow einen entsprechenden anderen Posten im Außenamt erhält, ist eine Frage der baldigen Entscheidung.

Berufung Kreszinskis nach Moskau.

Berlin, 27. Nov. Die Berliner Reife des stellvertretenden Außenkommissars Karachan und seine Beratungen mit dem Sowjetrussischen Kreszinski, dem einzigen aktiven Diplomaten, der gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ist (diese Verbindung mit dem Berliner Sowjetrussischen ist sogar im Parteistatut festgelegt), haben der Boden für die Umgruppierung jenseits. Man hätte also auch mit der Möglichkeit der Berufung Kreszinskis in die Moskauer Zentrale und der Neubestellung des Berliner Postens zu rechnen. Damit wird der Stalinsche Regierungsschritt nicht beendet sein, vielmehr ist noch auf einen ganzen Reihe anderer wichtiger Posten — ungeachtet der Kapitulation — die Entfernung der Anhänger der Reichsgruppe Bucharin zu erwarten.

Vermischte Nachrichten.

Der Nachfolger Hadenbergers.

Berlin, 27. Nov. Einer Korrespondenzmeldung zufolge ist Oberstleutnant Schmidt vom 3. Bataillon des Infanterie-Regiments 10 in Dresden mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Armeemuseumsinspektors betraut worden.

Verbrannt auf der Landstraße aufgefunden.

Regensburg, 27. Nov. Auf der Staatsstraße zwischen Regensburg und Eitzinghausen wurde heute vormittag ein vollständig verbrannter kleiner Opelwagen und die verbotene Leiche seines Führers gefunden. Nach den Papieren handelt es sich um einen Geschäftsreisenden aus Sachsen. Wie der Brand entstanden ist, ob Unschuld oder Verbrechen vorliegt, muß die nähere Untersuchung ergeben.

123 000 Mark unterschlagen.

Kreuzburg, 26. Nov. Der Kassierer der Genossenschaftsmühle Kreuzburg hat im Laufe eines Jahres 123 000 Mark veruntreut. Der Diebstahl, der das Geld bei Rentverrenten eingekassiert hat, ist wegen Verdachts der Unterschlagung bereits vor mehreren Monaten entlassen worden. Erst jetzt hat man Anhaltspunkte über die Art der geschickten Verschleierung der Unterschlagungen.

Aufdeckung eines Millionenbetrugs.

Warschau, 27. Nov. In Warschau wurde eine große Schmugglerbande entdeckt, an deren Spitze einige Milizhändler und der ehemalige Vizepräsident der Miliz Jolbirek standen. Mehrere Beamte sind in die Angelegenheit verwickelt und es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Gelandier hat den der polnische Staat durch die Tätigkeit der Bande erleidet, beläuft sich auf ungefähr 10 Millionen Zloty.

Der Maharadscha von Nepal.

Bangalore, 26. Nov. Der Maharadscha von Nepal ist gestorben. Er hob im Jahre 1924 die Sklaverei auf und gab dadurch in zwei Jahren 60 000 Sklaven die Freiheit.

Verhandlungen zwischen Moskau und Mukden.

Kowno, 26. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben nach einer Mitteilung des Außenkommissariats Besprechungen zwischen der Sowjetregierung und der Mandschener Regierung zu einer Verständigung darüber geführt, daß Verhandlungen über die Belagerung des russisch-chinesischen Konfliktes aufgenommen werden sollten. Die Verhandlungen sollen in Chabarowsk stattfinden.

Im Zerk

m. Boshoff, 28. November. Bei den a. Werbewoche, die der hiesigen Gemeinde man bemerken, kräftige Ausgefi in Angriff nehmen das bedingt, das gende Empfinden werden in aller Geschäftlichkeit unterliegt u Publikum doch sich auf eine gesehene Sonderzeiten. Es darf von einer gro beachtenswerte und zur Ausstellstoffe, Auszüge, nglische Sonntagszeitung mit ein recht auf ein namentlich für d. holler Geschäfts dabei zu kaufen, stungsfähigkeit und zu Fall gebelernen, daß das berechtigt ist. Der Boshoffer Ge dem Publikum durch öffentliche Mode geboten; fasselle am Nikolische mehrere wird zur Freude teter Christbaum die Weihnachts-Gewerbefestliche der Boshoffer Ge ihr von der Beob gegeben. Vom h namentlich die Ulge Vorteile.

Verkauf

Boshoff, 28. November. Der ein Schreiben de und um Stellungpräsident hat sich seinem Schreiben Boshoff des 26. Dezember, am fo Anzeig biete, anzu Verkauf freigegeben taufzeit nicht über präsent ist weiter teinern gewöhnlichen Sonntags gebe, Verkaufsfestliche Boshoff. Bei d. gegebenen Gelegen Boshoff darauf hin, an dem Sonntagsmüssen und der W starke Baumruhm Kaufzeit darunter drückt dafür em 22. Dezember befall nicht verwerth hellen Boshoff nach dem Boshoff 8. Dezember die halten.

Ver

Boshoff, 28. November. Krefels Boshoff ver im Osten des Kre mungsergebnis d Zahl der Kreistag Gesamtzahl der in men war 20 869, die Verteilungssah haben erhalten: Stimmen, Verteilung Zahl der Kreistag „Wirtschaftspartei“ füllt 3, Reichstimm vorschlag 16, „Bau zahl erfüllt 1, Rel gegen die Gültigf letzten offiziellen berechnete binnen beim Kreisausschuß

Ver

Boshoff, 28. November. eins kath. Madami Dr. Müller, S. Segualtheil“ folgt. Das Boshoff lorgfältig ausgewähl ber es verstand, die Welle, sei es von moralischen Standp zu begründen. In Anbetracht des Boshoff keine Merkwürdigkeit beruhende Er trages war die Er Schamhaftigkeit, die fühlender Weise erf Rat für die Erzähl nicht der Ort, auf zugehen. Umso wi gangs schon erwähn der auch den mei den Vorträgen in fgen ist.

Arbeits

der öffentl n. Boshoff, 28. November. Erhebungen erstmal 1928 bestanden im von denen 278 fähig geschäft wurden. Gemeinen Kinder ur nur für einen Ze fremder Pflege be stellt, daß Re i wahrung genommen

1

SammeIn!

Gefährliches.

sind Kopfwaschungen eine unvermeidliche, aber oft unangenehme Belastung.

unangenehme Belastung. **4711** Koppmalch-Pulver
kürzt das Verfahren wesentlich ab. Rasch ist die
Lösung des duftenden Pulvers in lau-warmem Wasser
hergestellt; sie verwandelt sich unter der massierenden
Hand schnell in äppigen, milden Schaum. Wird
dieser dann fortgepöbelt, nimmt er zeislos alle Un-
reinheiten mit sich. Frei und leicht atmet jetzt die
Kopfhaat, duftig und weich glänzt das Haar in
frischer Sauberkeit. Für 30 Pfg. erhalten Sie eine
Packung **4711** Koppmalch-Pulver, für zwei
grünbliche Waschungen ausreichend.

des Jugendheimes der B. Unterriethsabend statt. Gewerkschaftsleiter Joh. Riemhous spricht über die Neuordnung
der Arbeitslosenversicherung. Alle Mitglieder des Arbeiter-
vereins und der christlichen Gewerkschaften sind freundlichst
eingeladen.

v. Rhebe, 28. November. Zur Verschönerung des Ortes.
Vor drei Jahren wurden von seiten der Provinzial-Verwal-
tung an der Bodhofer Chaussee vom Wollausgang
des Dorfes bis zur Barriere junge Stenbäume an-
gepflanzt. Mutwillige Burschen und ohne Aufsicht stehende
Herde hatten nach und nach eine große Anzahl dieser
Bäume zerstört. Manche Bäume mußten in den letzten Tagen
wieder mit Büumen besetzt werden. Auf Kosten der Ge-
meinde hat auch die Schillerstraße jetzt beiderseits eine
Baumpflanzung erhalten. Einige unvorsichen Anblick ge-
währt der Schuttschuttsplatz, der gegenüber dem Bahnhof
liegt. Jeder Fremde kann denselben, bevor der Zug ein-
künst, mit Mühe betrachten und als letztes Erinnerungsbild
mitnehmen. Mit wenigen Kosten könnte man hier größer-
e Sträucher längs der Grenze des Bahges anpflanzen, dann
würde die Einsicht dieses „schönen“ Bahges behindert
Manche Gemeinde würde sich freuen, wenn man in un-
mittelbarer Nähe einen Wald hätte. Rhebe hat einen
solchen; aber es macht einen unweiselhaften Eindruck, wenn
die Bewohner des Ortes alle Zäpfe, Späthen und sonstiges
Geräusim am Eingang des „Bahors Fußs“ hinharrern;
nicht deshalb kommt darauf an, daß dieses künftighin
nicht mehr vorkommt.

* Anstalt, 28. November. Stadtoctordneuer Johann
Tenzl f. In der Nacht zum Dienstag verschied nach kurzer
Krankheit im 67. Lebensjahre der Stadtoctordneuer: Rath
Herrn Johann Tenzl. Stadtoctordneuer Johann Tenzl

um kollegium betrauern einen mit groß
en, parteilichkeit sein Amt verlassenden

in allen Kreisen der Bevölkerung durch sein liebenswürdiges und hilfsbereites Wesen große Anerkennung genoss.

• Coesfeld, 28. November. Landwirthschaft und Sommerfrucht. Der Landes-Druckverein Coesfeld hat einer Verlammlung folgende Entschickung einstimmig angenommen: Die heute in Coesfeld zahlreich versammelte Landwirthschaft stellt einstimmig fest, daß es nicht tragbar ist, wenn unter den vorliegenden Verhältnissen a) Sonn- und Feteraltage nicht wenigstens einthe Stunde Gerechtigkeit gegeben ist, die notwendigen Einkäufe zu tätigen. Die Landwirthe unserer Gegend wohnen größtentheils auf ihren Einshöfen weit von den Einkaufsorten — bis zu 12 Kilometern — entfernt und haben an Werktagen keine Zeit, die meisten Wege zurückzulegen. In Mittel- und Ostpreußen wohnen die Landwirthe in abgeschlossenen Dörfern in der Nähe der Gutschfte. In der argeren Alter dieser Gegend kaufen meist größere Mengen ein und haben auch die Kräfte ergut zu diesen Zwecken zur Verfügung. Seit alterer haben unsere Bauernfrauen ihre notwendigen Einkäufe gelegentlich bei den landwirthschaftlichen Kirchtagen befohl und erledigen in den strengen Durchführungen der Sommerfrucht eine besondere Hilfe dem westpreussischen Bauernstande und dem Mittelstande gegenüber. Es ist zu bemerken, daß dadurch dem Hausbedarf der Eir und der gekostet ist nicht nur die weise minderewerthen und teuren Waren. Es ist nicht zu vergessen, daß auch unsern Personal an Sonn- und Feteraltagen die Möglichkeit gegeben sein muß, die notwendigen Sachen zu kaufen. Die Besuche der Gutschfte sind

Wie würde sich eine Neuregelung nach den neuen Erwägungen des preussischen Innenministers auswirken?

* **Greifen**, 28. November. Einen Güterzug zum Stehen gebracht hat vor einigen Tagen ein Mann von hier. Er stellte sich auf die Schienen vor einen heran naßenden Güterzug. Um ein Unfälle zu vermeiden, brachte der Lokomotivführer den Zug kurz vor dem Mann zum Stehen. Der Leichnam wurde von der Polizei festgestellt und wird die Tat schwer bestrafen müssen.

* **Dülmern**, 28. November. Zehn Menschenleben arretiert und was ist der Dank? Am 4. November ds. Jahres fuhr auf der Broolinstantstraße in Dülmern ein mit 10 Personen besetzter Autobus mit besetzener Straße in Leichnam und fahrlässiger Weise durch die geschlossene Schranke. Nur der Gefahrgutswart und dem entlassenen Handeln des Leichnamgeheimnisses Moß, der den Zug 577 führte, ist es zu danken, daß zehn Menschenleben arretiert wurden. Wie wir nun erfahren, soll die Zahlung einer Entschädigung abgelehnt worden sein. Auch hat es keine einzige der zehn Personen für nötig gehalten.

hat der Besitzer des Autors sich hier

* Senden, 28. November. Großfeuer. Am Montagabend entzündeten plötzlich die Brandsignale der freiwilligen Feuerwehr. Es galt der Befehl, einen der in der Nachbargemeinde Dittmarzobholt ausgebrochenen Großfeuers. Das ganze Gefäß des Landwirts Soddemann, bestehend aus einem großen, teils massiven weisseisenen Lagermohndauke, sowie die etwa 80 Meter davon entfernt liegende Scheune, welche mit Erntevorräten reichlich gefüllt war, standen in hellen Flammen, so daß an den vom Brande getroffenen Gebäuden wenig noch zu retten war. Es galt nur noch, die benachbarten Wohngebäude, welche sehr stark in dem Funkenregen lagen, zu schützen. Dieser auffallend war es, daß die beiden vom Brande getroffenen Gebäude, welche etwa 30 Meter voneinander entfernt lagen, fast zu gleicher Zeit von dem Brande betroffen wurden und das Feuer sofort nach der ersten Stütze an mehreren Stellen der beiden Gebäude bemerkt wurde.

interessiert in der jetzigen Uebergangszeit
Wolle hat nur dann ihre wärmende
Fähigkeit, wenn die Fasern locker und weich

Hüte Wölfe kann keine Barmherzigkeit auffpeichern. Sie ist hart im Trogen und wird bald brüchig. Um der Wölfe Ihre Weisheit und gleichzeitig auch die Schönheit der Farben zu erhalten, sollte sie nur im lauwarmen Schaum der Seifenlotion gewaschen werden. Die Vorzüge des lauwarmen Wassers sind einleuchtend: Der Schmutz wird gründlicher, schneller und hygienischer entfernt. Auch für die Hände ist warmes Wasser besser, sie bleiben weiß und weich. Zur Seifenlotion sind im Gebrauch äußerst sparsam und billig; sie werden von der Sunlight Gesellschaft in Mannheim hergestellt und sind in allen

12

Abendung abends um 7,30 Uhr findet im oberen Saale

bekannten braunen Tafeln verkauft

Was wird aus der Deutschen Reichsbahn?

Die Pariser Scheinkonzessionen. / Dormüllers Entsetzen.

Bereits während der ersten Haager Konferenz war von der Reichsregierung bekanntlich ein Vorstoß unternommen worden, um die Zustimmung der Reparationsgläubiger zu einer Systemänderung hinsichtlich der Verwaltung des deutschen Eisenbahnnetzes zu erlangen. Bei der Schwierigkeit der allgemeinen politischen Situation war dem Reichsbahnunterauschuß des Youngschen Organisationskomitees zwar keine Gelegenheit zu ruhiger, sachlicher Arbeit verblieben, immerhin hatten die wenigen Zusammenkünfte dem französischen Eisenbahnkommissar ansehnliche Reichsbahn Gelegenheiten geboten, den deutschen Vertretern mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß er der Beweisführung der Reichsregierung nicht folgen, und daß daher von einer wesentlichen Veränderung des heutigen in der Deutschen Reichsbahngesellschaft verfertigten Systems ganz und gar keine Rede sein könne. Auch nachträglich war es nicht gelungen, Herrn Leveque zu einer Veränderung seiner Haltung zu bewegen, was — rein menschlich betrachtet — gar nicht einmal so unverständlich ist, da ja von ihm die deutschen Forderungen als eine Kritik an seinen bisherigen Verwaltungsgrundsätzen empfunden werden mußten. Da man den Umständen nach damit rechnen konnte, daß Leveque auch bei den Pariser Verhandlungen die Seele des Widerstandes sein würde, so hielt es der inzwischen verstorbene Reichsbahnminister Dr. Stresemann für zweckmäßig, sozusagen in letzter Stunde noch einmal öffentlich und mit Nachdruck zu betonen, daß die Hoheitsrechte des Reiches an seinen Eisenbahnen unter allen Umständen ausgebaut werden müßten, wenn die endgültige Regelung des Youngplans für Deutschland tragbar sein sollte.

Dr. Stresemann konnte eine solche Forderung damals um so eher erheben, als ihm selbstverständlich nicht unbekannt war, daß man im Reichsverkehrsministerium der durch den Widerstand Leveques gegebenen tatsächlichen Situation bereits insofern Rechnung getragen, als man den deutschen Unterhändlern nur noch ein Programm mitgegeben hatte, dessen Befolgung ihm wirklich kaum noch zu überbieten war. Es war bereits seine Rede mehr davon, daß das unter der Herrschaft Leveques ausgebaute Verwaltungssystem verlassen werden sollte, obwohl doch die deutsche Öffentlichkeit immer selbstverständlicher die Verfechtung der alten Verwaltungssysteme ablehnte. Wenn man von den Veränderungen absieht, die sich zwangsläufig aus den veränderten Bestimmungen des Young-Plans ergeben mußten, dann beschränkten sich die deutschen Forderungen im wesentlichen darauf, eine geringfügige Erweiterung der Aufsicht- und Aufsichtsbefugnisse der Reichsregierung sicher zu stellen. So sollte u. a. der Grundbesitz der deutschen Eisenbahnen, entsprechend den Anforderungen des Verkehrs und der deutschen Volkswirtschaft zu erfolgen haben. Die Beobachtung dieses Grundbesitzes sollte sodann dadurch gesichert werden, daß dem Reichsverkehrsminister ein grundsätzliches Kontroll- und Beaufsichtigungsrecht über das gesamte Eisenbahnnetz in allen seinen Anlagen und Dienststellen zustehe, welches Recht er sowohl persönlich als auch durch seine Beauftragten ausüben könne. Ebenso sollte ihm persönlich bzw. ebenfalls seinen Kommissaren ein Recht auf Teilnahme an den Beratungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse eingeräumt werden, wobei sowohl er als seine Vertreter jederzeit zu Wort kommen sollten. Im Rahmen der Gesellschaftsführung war dann noch verlangt worden, daß der Generaldirektor nicht ohne Zustimmung mit der Reichsregierung ernannt werden dürfe, und daß er — falls die Reichsregierung eine Verlegung der Gesellschaftsführung durch den Generaldirektor für gegeben halte, dieser vom Verwaltungsrat auf Antrag der Regierung mit einfacher Stimmenmehrheit entlassen werden könnte. Schließlich sollte die Reichsregierung auch die Frage offen lassen, ob Parlamentarier oder amtierende Minister Mitglieder des Verwaltungsrates werden könnten.

Man wird angesichts dieser Forderungen wirklich nicht sagen können, daß sie ins Uferlose abirrten. Eher

wird man Bedenken haben müssen, ob sie sich gegebenen Falles wirklich als nachhaltig genug erweisen, um wenigstens den schlimmsten Folgen der Leveque'schen Eisenbahnpolitik steuern zu können. Ganz und gar aber wird man noch nachträglich erstaunt sein müssen, daß um so geringe Forderungen nicht nur wochenlange Verhandlungen geführt werden mußten, sondern daß es anscheinend dabei auch noch zu erbitterten Kämpfen gekommen ist. Man braucht dabei noch gar nicht einmal an das Drum und Dran der Siemenstreife nach Paris zu denken, hatten sich die Pariser Verhandlungen doch auch sonst mehr als einmal vollkommen selbstgelaufen, sobald sie nur unter Mühen wieder flott gemacht werden konnten, und einmal hat sogar Herr Leveque seinen Hut genommen und erklärt, daß er unter seinen Umständen weiter verhandeln könne. Dabei hat sich gerade Herr Leveque von einer außerordentlichen Empfindlichkeit gegenüber der öffentlichen Meinung Deutschlands gezeigt, deren Stellungnahme von ihm wiederholt sehr unbehaglich empfunden wurde.

Unter diesen Umständen kann es kaum noch übersehen werden, daß die deutschen Unterhändler nur ein sehr wenig befriedigendes Resultat mit nach Hause gebracht haben. Zwar daß es nicht gelungen ist, Parlamentarier und Minister den Zugang zum Verwaltungsrat zu eröffnen, konnte nach dem lebhaften, wiederholt geäußerten Mißtrauen Leveques gegen die deutschen Parlamente von allem Anfang an erwartet werden. Es mag das zur Not auch noch hingehen. Schlimmer ist schon, daß es auch sonst nur zu Scheinkonzessionen an den deutschen Standpunkt gekommen ist. Sehr bezeichnend dafür ist z. B., daß dem Reichsverkehrsminister ein persönliches Recht auf Teilnahme an den Verhandlungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse nicht zugestanden worden ist. Nur ein ständiger Kommissar des Ministers, der also gegebenenfalls nicht gegen besondere Sachverständige ausgewechselt werden kann, darf an den Verhandlungen teilnehmen, wobei ihm noch eine weitgehende Schweigepflicht auferlegt worden ist. Es zeigt sich also mit aller Deutlichkeit, daß die Reparationsgläubiger unter dem Einfluß Leveques daran festgehalten haben, eine wirksame Reichskontrolle zu verhindern und eine Erweiterung der deutschen Hoheitsrechte dem Grunde nach nicht zuzugestehen.

Das ungeliebte System Leveque soll uns also auch für die Folgezeit nach Möglichkeit erhalten bleiben. Dabei haben sich die Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn

inzwischen in der verhängnisvollsten Weise ausgeprägt. Noch im vorigen Jahre hat sich die Reichsbahn-Gesellschaft trotz ihres auf rund 2 Milliarden Mark lautenden Notprogramms gestraubt, anzuerkennen, daß eine Verklammerung ihrer Anlagen infolge der Tributlast eingetreten sei. Unvergessen sind in dieser Beziehung die Münchener Ausführungen des Generaldirektors Dormüller. Nun aber scheint man auch an dieser Stelle endlich einzusehen, daß es so nicht weiter gehen kann. Als kürzlich von einer größeren Reichsbahn-lautender Betrag angefordert wurde, der infolge der Finanznot nicht disponibel war, da hielt sich der Generaldirektor für verpflichtet, sich einmal durch den Augenschein davon zu überzeugen, ob die vorzunehmenden Ausbesserungen wirklich so dringlich seien. Das Ergebnis dieser Besichtigungsfahrt war niederschmetternd genug. In Brücken- und Tunnelanlagen wurden vielfach so bedenkliche Risse gefunden, daß Herr Dormüller spontan ausgerufen haben soll, es sei unmöglich, hier für noch länger die Verantwortung zu tragen, es sei am besten, sein Amt niederzulegen.

So bezeichnend nun auch diese impulsive Äußerung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für den Zustand der deutschen Eisenbahnanlagen ist,

so wenig sollte man sie überschätzen. Letztlich muß auch die beste Einsicht der Verantwortlichen ohne Auswirkung bleiben, so lange sie die Gefangenen eines in sich unmöglichen Finanz- und Wirtschaftssystems bleiben. Immerhin liegt daran eine nicht überhörbare Mahnung an die Reichsregierung, nunmehr in eine ernsthafte Prüfung darüber einzutreten, ob es dem deutschen Volke, ob es Leben und Gesundheit des reisenden Publikums gegenüber verantwortlich werden kann, sich mit den Pariser Scheinkonzessionen zufrieden zu geben. Nun läßt sich gewiß auch rein innenpolitisch eine Erleichterung der nicht mehr zu verantwortenden Spannung der Reichsbahnfinanzen dadurch erreichen, daß der Anfall der heutigen Beförderungsteuer von rund 325 Millionen der Reichsbahn wenigstens zum größeren Teile verbleibt, um den größten Schaden des Systems Leveque Einhalt zu tun. Aber unter seinen Umständen wird die Reichsregierung darauf verzichten können, über die zweckmäßige Anwendung dieser Mittel eine ausreichende Kontrolle zu haben. Soweit dem das Pariser Ergebnis entgegensteht, dürfte es daher unabwiesbar die Pflicht der Reichsregierung sein, auf der bevorstehenden 2. Haager Konferenz für die entsprechende Korrektur zu sorgen.

Eine Grube unter Wasser.

Das Grubenunglück in Hamborn.

Dieburg, 27. Nov. Zu dem berichteten Unglück auf der Felsenanlage der Thiggenwerth'schen Eisenbahn, das das Unglück auf einen Wasserdurchbruch, der auf der 5. Sohle eintrat, zurückzuführen ist. Die an der betreffenden Stelle beschäftigten gewöhnlichen Bergarbeiter wurden durch die Wassermengen mitgerissen. Ihre Verletzungen trugen sie dadurch davon, daß die Körper der Verunglückten gegen die Wände und Verschaltungen usw. geschleudert wurden. Der verunglückte Bergmann ist inzwischen tot aufgefunden worden. Somit hat sich die Zahl der Toten auf vier erhöht; die Zahl der Verletzten befindet sich auf acht. Die Strecke konnte kurz nachher wieder befahren werden. Die Bergbehörde trat kurz nach dem Unglück an der Unfallstelle ein und befindet sich auch noch nach Mitternacht dort. Die Ursache des Unglücks ist bisher noch nicht geklärt.

Hamborn, 27. Nov. Zu dem Grubenunglück erfahren wir noch: Die Vertreter des Oberbergamtes, in Dortmund nahmen im Laufe des heutigen Vormittags an Ort und Stelle eine eingehende Untersuchung über die Ursache des Unglücks vor. Die Untersuchung ist zur Zeit noch nicht abgeschlossen, man nimmt aber an, daß eine im Betriebe angelagerte Wasserader den Zusammenbruch der Strecke verursacht hat. Die Wassermassen drangen mit großer Gewalt herein und von den dabei mitgerissenen Gesteinsmassen und Stempeln wurden

die 12 Bergleute mehr oder weniger verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen, doch konnten im Laufe der Nacht vier der Verschütteten, zwei Lehrer, ein Lehrbaur, und ein Schleppler, nur als Leichen geborgen werden. Von den acht Verletzten konnten vier in ihre Wohnungen gebracht werden, während vier weitere im Krankenhaus Aufnahme finden mußten, doch liegt bei keinem der Verletzten Lebensgefahr vor.

Dr. Richter begnadigt.

Bonn, 27. Nov. Die Begnadigung des vom Bonner Schwurgericht wegen Ermordung der Frau Richter zum Tode verurteilten Ringers Dr. Richter, der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, wurde nunmehr ausgesprochen. Dr. Richter wird in den nächsten Tagen in das Zuchthaus Rheinbach übergeführt werden, wo auch der zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte Kölner Arzt Dr. Bröcher seine Strafe verbüßt.

Erleichterung im telephonischen Fernverkehr.

Berlin, 27. Nov. Der Reichspostminister führte in der heutigen Sitzung des Reichspostministeriums, des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost zur Kenntnisnahme u. a. aus, daß die Einnahmen in den ersten sieben Monaten des Rechnungsjahres 1929 hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien; es sei aber möglich, daß in den verbleibenden Wintermonaten der Rückstand aufgeholt werden könne.

Der Arbeitsausschuß nahm einige vorgeschlagene Änderungen der Fernsprechanlagen an. Sie betreffen hauptsächlich Verbesserungen im Fernverkehr. Bei dringenden Ferngesprächen kann der Anrufer künftig eine bestimmte, feste Zeit für die Herstellung der Verbindung vorschreiben. Die Höchstdauer der Ferngespräche wird von sechs auf zwölf Minuten erweitert. Für längere Fernverbindungen auf eine Stunde Erleichterungen für das Zustandekommen von Ferngesprächen vorgesehen, für die eine Person zu einer Sprechstelle herbeigeführt wird. Schließlich soll es ebenso wie im alten Reichspostgebiet künftig auch in Bayern und Württemberg zulässig sein, daß die Teilnehmer ihre Nebenstellenanlagen durch die Privatindustrie herstellen lassen. Die Veränderungen treten am 1. Februar nächsten Jahres in Kraft.

Willst du immer

weiter schwelgen?
Sieh, das Gute liegt so nah!
Brauchst nur zu „Backen“ zu greifen,
Schon ist ein „Oetker-Kuchen“ da!

Die bewährten Backapparate „Kocherwunder“ und „Zauberkocher“, mit denen Sie auf kleiner Gas- oder Kohlerflamme backen, braten und kochen können, werden von uns bestens empfohlen. Sie erfahren Näheres hierüber in Dr. Oetker's farbiger illustrierter Rezeptbuch, Ausgabe F. (Preis 15 Pfg.) und Dr. Oetker's Schul-Kochbuch (Preis 30 Pfg.). Beide Bücher sind in allen Geschäften erhältlich, wenn Sie sich an die Marken von Dr. August Oetker, Bielefeld, wenden.

Die Ueberführung der Leiche Clemenceaus.



Die französische Regierung hat den letzten Wunsch des verstorbenen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau respektiert und von einem Staatsbegräbnis Abstand genommen. Der Sarg mit der Leiche des „Tigers“ wurde in aller Stille von dem Sterbehause in Paris in seine Heimat nach der Vendée geschafft und dort in englischem Familiengrab beigesetzt. — Die nächtliche Ueberführung der Leiche Clemenceaus. — Präsident Doumergue verläßt das Trauerhaus.

Der himmlische Harfner.

Ein deutscher Roman.

Von
Joseph August Lux.

Verlag J. P. Bachem, G. m. b. H., Köln.

(Nachdr. verb.)

Erstes Kapitel.

In der alten Heimat wohnte das vergnügungssüchtige Glück. Dieses Glück sahte Anselmus Jungborn an die Hand, gab ihm einen Kuß und sagte: „Bleib!“ Das ist aber schon lange her. Damals war der große Anselmus Jungborn noch der kleine Anselmus und spielte im Park mit dem kleinen Edelknecht Marlor von der Gutsherrschaft.

„Nix, Nix, bist ein böser Bube!“ verspottete ihn das Edelknechtlein.
„Er setzte ihr nach: „Wart, dich erwischt ich schon!“
„Au! Mein himmelblaues Kleid!“ rief die Kleine und blieb stehend am Dornenbüschel hängen.
„Er sagte sie: „Himmelblau ist noch nicht gnu, Laufend Bügel noch dazu!“

Sie lachte: „Was hast du für große Hände!“
„Daß ich dich besser verhaften kann!“
„Und er ließ nicht nach.“
Auf das Schreien und Weinen kamen Leute herbei. Klein Jungborn versteckte sich.

Am nächsten Tag aber war sie wieder da und rief durch den Park: „Nix, Nix, bist ein böser Bube!“
Schließlich wurden die liebevollen Kameraden. Wer sie anrührte, bekam seine Hände zu spüren. Er half ihr bei den gemeinsamen Verabredungen. Auf einem alten Instrument lehrte er sie die Saiten zu spielen, daß die zarten Finger schmerzten. Aber sie hielt es tapfer aus und sang mit ihm seine kindlichen Lieder.

Später wurde es anders. Wieviel hatte man seither erlebt und wie hatte sich das Glück verändert! O, wenn man nur daran dachte!

Marlor war ein großes Edelknechtlein geworden und kümmerte sich nicht mehr um den starken Bengel. Auch er war andere Wege gegangen.

Eines Tages wurden schwere Koffer von der Treppe des Herrenhauses heruntergetragen, ein Reiseführer fuhr die Allee hinab. Drinnen sah Marlor mit dem alten Oheim, der zu Besuch dagewesen war, zugleich mit dem hochmütigen ungarischen Grafen Attila. Es ging fort zu fernem Verwandten in Deutschland, wie es hieß, nach verschiedenen Städten über den Winter und später auf das Stammesloß der Familie am Rhein. Der Graf war kurz vorher abgereist.

Anselmus warf sich ins Gras. Der große, ernste Mensch schämte sich plötzlich der Tränen. Von ihm hatte die stolze, junge Dame nicht Abschied genommen. In seinem Glanz bemerkte er nicht daß sich im Wagen ein Gesicht umwandte und daß in einer Hand ein weißes Taschentuch flatterte. Und hätte er es bemerkt, wie dürfte der arme Mensch glauben, ihm hätte es gegolten! Als er aufschau, war der Wagen längst verschwunden.

Auch diese Räuberei war vorbei. Und alles war wie sonst. Aber die Sonne hatte seinen Schein mehr. Wenigstens ihm dünnte es so. Das Glück, wo ist es?

Er beachtete die Rosen nicht, die in den Gärten dufteten; er beachtete die Liebe nicht, die aus allen Herzen wie aus tiefen Brunnlein floss; er erwachte aus der warmen Wärme nicht, die aus leuchtenden Kornblumen-äugen strahlte.

Margarethe, des Herrn Verwalters Tochter, begegnete ihm jetzt so oft. Jedesmal, wenn er aus der Tür trat, mußte er sie sehen: beim Brücken in dem großen offenen Hof, am Fenster bei den Blumen, am Sonntag in der Kirche. Ein kurzer, stummer Gruß, wenn es nicht anders ging. Er sah sie kaum. Sein Blick ging über die schwellenden Weinberge, wo der süße Rauch schwebte; über die silberne Spange der Donau, zur funkelnden Spitze des Stephansturmes, die weit im Nebelstand aufleuchtete; zu der bleichen Alpenflur über den blauen Waldhöfen; hinaus über die schimmernden Hügel und Ebenen mit ihren schmalen Ortschaften jenseits des Stroms; weit, weit in die Ferne. Da draußen ist das Glück, sagte sich Jungborn.

Und seine Gedanken wanderten in die Richtung seiner Sehnsucht auf romantischen Dichterstraßen, die von der Donau nach wohlbesetzten deutschen Gauen führten. Im Geiste war Anselmus mit Ludwig Richter gewandert und war zu Füßen der Wartburg gestanden: die Märchen des Mühlbaues machten ihn mit künftigen alten Stadtbildern bekannt; wo die liebe deutsche Seele wohnt; er wollte in der Sebalduskirche von Nürnberg und ging mit Albrecht Dürer und Hans Sachs zum gemeinsamen Abendessen; er sah goetheliche Land und Arm in Arm mit Wilhelm Meister und reifte in Gedanken mit Penna durchs hirtliche Schwabenland; das heimliche Posthorn klang auch durch

seine Seele, die Märchenbilder Schwind's gaukelten durch sein Gemüt; die Donaumäulen langen ihm sein Wiegenlied. Aber ganz fern und leise mischte sich die Fiedel des Baters Rhein darin, denn jukt vom Rhein kamte Anselmus Großvater. Und jetzt mußte er immer daran denken. Frau Sehnulst lag in Gestalt der Edelknechtin im Reisewagen, eine liebe, alte deutsche Stadt türmte sich herum wie in dem Schwind'schen Bild der Hochseelsorge. So träumte er seine eigene Zukunft.

Er schloß sich neuesten viel in sein Stübchen ein, das er in der alten Prälaten bewohnte, einem einstigen Sitzgebäude mit barockem Giebel und Stuckplafonds, das zum Gut gehörte. Der Onkel Franz, der Herr Professor, der Studienprofessor des Exzellenzherren Grafen Firmian von der Universität hier war, hatte ihn hier untergebracht, damit er in mannigfacher Verwendung ein Unterkommen habe und nebenbei noch althergebrachte, was man brauche, um ein fertiger Mensch zu sein. Auch das war ein Glück, bei dem der grüßliche Professor den Engel der Verleumdung spielte. Nur war es bedrückend, dem Gefinde beigegeben zu werden; als die Eltern noch lebten, war es doch anders damit. Der gemeinliche Unterricht bei den Hauslehrern Marlor's, die freundliche Güte der Gräfin, es gab keinen Willkürlichen Willkür, bis der hochmütige Graf Attila kam. O, wenn man nur daran dachte! Aber das fand alle Gedächtnis, begraben und vergessen.

Wenn man nur einen Menschen hätte, einen einzigen, dem man alles sagen könnte! Ja, Anselmus hatte, ach, so viel am Herzen, das jetzt nicht mehr auf ihm lastete. Aber wem es sagen? Dem Posthalter Leon drüben, der es ja doch nicht versteht!

In der Stube hing das große Bildnis einer Frau an der Wand. Die dunklen Haare, in der Mitte gefächelt, jagen im Schwung stark in die Schläfen hinein. Das blaue Seidenkleid ausgefächelt, darüber ein feines Epheublatt bis zum Hals, um den eine Perlenkette hing. Und Anselmus sagte: „Wäre ich bei dir, Mutter, ich wäre jetzt nicht so verlassen!“

Die Augen der Frau im Bilde ruhten auf ihm, als wollten sie sagen: „Märlisches Kind! Bin ich nicht bei dir? Bist du nicht bei mir? Ist doch keiner verlassen, der nicht die Grabenmutter verläßt!“

So ähnlich hatte auch der Herr Pfarrer zu ihm gelaßt. Aber Anselmus war trübe geworden in seinem Geiste. Und er beachtete die nicht der vielen Gaben, die unmerklich niederkümmerten.

Wäre ging der Sommer. Mit Grauen mochte man an Winter denken. Er war auch er vergangen. „Wann im Frühjahre wieder so schön aper wird,“ lang eines Morgens ein Weinbergsmädchen, der in blauer Schürze mit seinem Arbeitsgerät über den gepflasterten

laut hallenden Hof ging, hinauf zu den blauen Felsen. Anselmus Jungborn hob seine Bücher weg. Er war ganz dumm davon geworden im Kopf.

Das Herz ging ihm durch bei dem Lieb und Selbste nach der Ferne, wo die liebe Frau Sehnulst wohnt. Sie winkte mit einem Brief, der ihn ganz wirklich machte. „Die Post hat einen Brief gebracht, die Post hat einen Brief gebracht!“ Ein extra schönes Trübsal bedrohte den verdurkten Postboten. Der stand noch immer da, während Anselmus die Zeiten überflog und sich ganz nützlich gebärdete.

„Trara, Schwager Postillon, blase trara! Ein Brief rückt's Zeug. Der Postbote entwich.“
Ein seltsames Zwieselsprache entwickelte sich:
„Bist du noch da, treuester, verlässlicher Freund?“
„Wie konnte ich dich vergessen! Immer schon gingst du mit mir, im gleichen Schritt und heimlicher Zwieselsprache der Seele.“
„Siehe der Brief, er alt auch für dich!“
„Du warst es, der meine Einsamkeit teilte auf verlassenen Feldwegen. Du gingst allein mit mir, wenn mich ein Freund verließ oder ein geliebtes Herz. Du plüßtest das Jittern meiner Hand, wenn Seelenstürme in mir tobte.“

„Weißt du es noch, wie du stift im Grase neben mir lagst und meine Tränen sahst, du allein, Verwundener! Und kühltest fester meine Finger dich umkrampfen, als ein männlicher Entschluß mich packte, wie eben jetzt, du ich die Hand nach dir ausstreckte.“
„Wie zu einem Willkommengruß ging er gegen die Erde an der Tür.“

„Treuer Freund, mein Weggenosse, den ich Selbstan nenne, die meine ich, mein Wanderfährer, Waldent- proffener, komm, daß ich dich ans Herz drücke!“
Und mit ausgelassener Laune rief er den verben Knotenstock an sich und hob ihn prüfend hoch.

„Dein falliges Alraunengestalt steht mich vorwurfswoll an, Freund Selbstan. Dein Antlitz ist so leise angegraut. Staub bedeckt dich, aber es ist nicht der Staub der Landstraße, der wäre himmelstau für dich. Ich verhebe deinen Schmerz und fühle den Post, auch an meiner Seele nagen, die ebenso wie du der langen Nacht müde ist.“

„Wir nehmen uns beide ins Freie!“
Und fiebernd wie über einen guten Spatz trat er in den Morgenwind hinaus, der ihm mit vollen Händen ganze Wolken von Waldveigeln und Anemonenbusch ins Gesicht warf.

„Guten Morgen, Herr Verwalter!“
„Küß die Hand, Frau Verwalter!“
„Recht schönen, lieben, guten Morgen, Fräulein Margarethe!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Rote Armee im Fern-Osten.

Chailar in Brand gesteckt.

Unter japanischem Schutz.

falschmeldungen nach Düsseldorf.

11

Japanische Vermittlungen.

Ein nichtamtlicher chinesischer Schritt beim Völkerbund.

Moskau verteidigt seinen Vormarsch.

Deutschland

Im geschlossenen Auto ertrunken.

Trotzdem die Polizei am Samstag bereits ohne Erfolg in der Nähe der Abtheile, nach der Ungeheuer der Köin-Diffendorfer, umfangreiche Nachforschungen im Flußbett und am Ufer gemacht hatte, blieb bei der Vermuthung in Kreisen der freiwilligen Einwohnerversammlung, daß das Auto mit den Vermissten in einer Stelle in dichtem Nebel in den Rhein gestürzt sei. Diese Auffassung veranlaßte den Polizeikommissar Wilh. Verlenbach, den Arbeiter Anton Dengler und Gensdarmwachtmeister Forrmuth aus Freiwilhelm, an der dort als geprüflich bekannten Stelle mittels Stangen und mit Seilen besetzten Säcken nach dem Auto zu suchen. Gestern nachmittag ordnete die Bürgermeisterei Freiwilhelm an, daß dieses Nachsuchen mit besonderen Hilfsmitteln vorgenommen werden sollte. Man schloß

mehr nach rechts oder links einzugehen, sondern eine Fraktion der Deutschen Volkspartei zu gründen.

|| Rhendi, 26. Nov. Zahlungseinstellung einer
 Geldmünze. Die Geldmünze ist ein Stück Silber, das

Münstererzähl, 28. Nov. Die Wichtigkeit einer einzelnen Stimme! Das Ergebnis der Münstererzähl Stadt-

Drei Opfer einer Gasvergiftung.

Ein neuer Grossender.

Pferderennen.

dem Turnier-Verrenreiter- und Fahrer-Verband anlässlich des Kölner bzw. Aachener Reittourniers entstanden waren, sind jetzt endlich beigelegt worden. Auf einer Mitgliederversammlung des Turnierverbandes wurde mit Bedauern von den Vorgängen Kenntnis genommen und

bejähloffen, ein entsprechendes Schreiben an den Reichswehrminister zu richten. Der Reichswehrminister Groener hat daraufhin das seinerzeit erlassene Verbot der Mitgliedschaft von Offizieren beim Turnier-Herrenreiter- und Lehrer-Verband aufgehoben.

lippis

